

**Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 2 GO LT
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage der Abgeordneten Laura Hopmann (CDU)

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz namens der Landesregierung

Schlickverklappung vor Scharhörn: Wie wird die Landesregierung niedersächsische Interessen verteidigen?

Anfrage der Abgeordneten Laura Hopmann (CDU), eingegangen am 01.03.2023 - Drs. 19/742 an die Staatskanzlei übersandt am 02.03.2023

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz namens der Landesregierung vom 13.03.2023

Vorbemerkung der Abgeordneten

Kurz vor Weihnachten 2022 berichteten Umweltminister Christian Meyer und Wirtschaftsminister Olaf Lies gemeinsam über den mit der Freien und Hansestadt Hamburg gefundenen Kompromiss zur Beendigung der Schlickverklappung vor Scharhörn (vgl. etwa die Ausgabe des Politikjournals *rundblick* vom 20.12.2022). Nach Tickermeldungen vom 11.01.2023 hat der Erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, Dr. Peter Tschentscher, diesen Kompromiss wieder aufgekündigt und weitere Verklappungen von Schlick vor Scharhörn angekündigt. In der Folge berichtete darüber u. a. auch der *NDR*.

Vorbemerkung der Landesregierung

Die Staats- und Senatskanzleien, die Wirtschafts- und Umweltminister aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen sowie der Bund, vertreten durch den Präsidenten der Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt (WSV), haben sich am 20. Dezember 2022 auf ein gemeinsames weiteres Vorgehen verständigt, das auf eine nachhaltige Lösung des Schlickproblems an der Elbe abzielt. In einer gemeinsamen Erklärung wurden verschiedene konkrete Schritte zur Lösung vereinbart und Alternativen benannt. Die Landesregierung geht deshalb nach wie vor davon aus, dass eine Schlickverklappung vor Scharhörn nicht erfolgt.

- 1. Im *Hamburger Abendblatt* vom 19.11.2022 wurde berichtet, dass Wirtschaftsminister Olaf Lies eine Klage vor dem Verwaltungsgericht für den Fall angekündigt habe, dass Hamburg seine Scharhörn-Pläne in die Tat umsetze. Wird die Landesregierung jetzt gegen die durch den Ersten Bürgermeister Dr. Peter Tschentscher angekündigte Verklappung klagen?**

Die bloße Ankündigung einer Schlickverklappung vor Scharhörn stellt keine Voraussetzung für eine Klage dar. Die Landesregierung hat jedoch mehrfach betont, dass sie eine Verklappung bei Scharhörn nicht akzeptieren würde. Deshalb bliebe eine Klage gegen die tatsächliche Verklappung eine Rückfallposition.

2. Auf Ministerpräsident Stephan Weil geht nach einem Bericht in den *Northeimer Neuesten Nachrichten* vom 29.11.2022 die Idee eines Drei-Länder-Gipfels zur Lösung der Schlickproblematik zurück. Wird Ministerpräsident Weil die Verhandlungen mit der Freien und Hansestadt Hamburg zur Beendigung der Schlickverklappung vor Scharhörn jetzt zur Chefsache machen und die weiteren Verhandlungen selbst führen?

Der Ministerpräsident hat sich für eine gemeinsame Lösung der drei Länder stark gemacht. Diese ist mit der gemeinsamen Erklärung von Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen vor Weihnachten gelungen.

Die weiteren Gespräche mit den Anliegerländern der Unterelbe und den zuständigen Behörden des Bundes werden seitens Niedersachsen aktuell vom Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz sowie vom Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung geführt. Auch die Chefs der Staats- bzw. Senatskanzleien befinden sich im wiederkehrenden Austausch zum Thema.

3. Welche weiteren Maßnahmen wird die Landesregierung zur Abwendung von Schaden vom Land Niedersachsen durch eine Schlickverklappung vor Scharhörn durch die Freie und Hansestadt Hamburg ergreifen?

Die Landesregierung geht davon aus, das Hamburg sich an die vor Weihnachten getroffene Vereinbarung (siehe Vorbemerkung) halten wird.

Die Landesregierung verfolgt gemeinsam mit der WSV die Einrichtung einer neuen zusätzlichen Verbringstelle in der Tiefwasserreed. Die Landesregierung wird gemeinsam mit der WSV koordinierend die nächsten Schritte zur Umsetzung einer ökologischen Strategie zum Sedimentmanagement aufsetzen. Die Landesregierung beteiligt sich ebenso wie Schleswig-Holstein und die Hansestadt Hamburg an dem vom Bundesministerium für Digitales und Verkehr eingerichteten Sedimentmanagementboard, das auf Ebene der Staatssekretäre/-innen erstmals am 1. Februar 2023 stattfand.

(Verteilt am 16.03.2023)